

Unser Bildungswesen aus finanzieller Sicht : Bildung kostet immer mehr

Autor(en): **Maissen, Aluis**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Bündner Schulblatt = Bollettino scolastico grigione = Fegl
scolastic grischun**

Band (Jahr): **53 (1993-1994)**

Heft 5: **Sparen... Sparen... Sparen...**

PDF erstellt am: **29.06.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-357118>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Bildung kostet immer mehr

Unser Bildungswesen aus finanzieller Sicht

Im September 1992, nach Vorliegen des Budgets 1993 und der Finanzplanzahlen 1994–97, stand auch für den Staatshaushalt des Kantons Graubünden unwiderruflich fest, dass er von der finanziellen Trendwende erfasst wurde. Die Regierung hat in der Folge eine verwaltungsinterne Kommission mit dem Auftrag eingesetzt, Massnahmenvorschläge zur Sicherung des Haushaltgleichgewichts zu erarbeiten. Ziel dieses Massnahmenplans ist es, den Zuwachs der Gesamtaufwendungen auf jenen der Erträge zu reduzieren, um damit einen weiteren Anstieg der Defizite zu vermeiden sowie einen handlungsfähigen und finanziell gesunden Staat zu erhalten.

Der vorgelegte Massnahmenplan umfasst über 300 Einzelmassnahmen, die sich auf sämtliche Aufgabengebiete des Kantons erstrecken. Ein erstes Paket von insgesamt 145 Massnahmen mit einem Einsparungspotential von gut 15 Mio. Franken hat die Regierung bereits für das Jahr 1994 in

Dr. Alois Maissen, Regierungspräsident

Kraft gesetzt. Die allfällige Ergreifung weiterer, in der Regel einschneidenderer, Massnahmen hängt von der künftigen Finanzentwicklung ab.

Der Bildungssektor darf von diesen Bemühungen, das Ausgabenwachstum gezielt zu senken, nicht ausgeklammert werden. Er bildet finanziell den weitaus wichtigsten Aufgabenbereich des Kantons überhaupt und hat – durch das unbändige Wachstum in den letzten Jahren – Wesentliches zur gegenwärtigen Finanzklemme beigetragen. Eine überdurchschnittliche Zuwachsrate des Bildungswesens ist dabei keine neue Erscheinung. Die Ausgabenentwicklung verlief im Bildungsbereich seit jeher besonders dyna-

misch. Während sich z.B. die Zahl der Primar- bis Mittelschüler seit Mitte der 70er Jahre bis Ende der 80er Jahre von 28'000 auf 20'000 reduziert hat, ist der Aufwand für Unterricht und Erziehung in diesen 15 Jahren von 35 Mio. auf 150 Mio. Franken angestiegen. Dieser Anstieg lässt sich weder mit Inflation noch Realloohnerhöhung allein erklären. Entscheidend ist das intensive und verlängerte Bildungsangebot, das seinerseits eine Folge eines notwendigen Nachholbedarfes und erhöhter Anforderungen seitens der Wirtschaft und Gesellschaft darstellt.

Seit 1989 hat sich der Ausgabenanstieg sogar noch verschärft. Im Voranschlag 1994 sind Bildungsausgaben von insgesamt 235 Mio. Franken enthalten. Ohne die im August 1991 vorgenommene Finanzentflechtung zwischen Kanton und Gemeinden wären diese Aufwendungen gar noch um gut 25 Mio. Franken höher. (Die Finanzentflechtung stellt dabei keine Sparmassnahme des Kantons dar, da die Gemeinden im Gegenzug von Beiträgen an den Kanton im Umfang von rund 35 Mio. entlastet wurden.) 1989 absorbierte das

Bildungswesen netto 33.5% der Einnahmen aus Kantonssteuern. Im laufenden Jahr sind es bereits 40%, ohne Finanzentflechtung wären es gar über 45%! Die durch das Bildungswesen verursachte Belastung des Kantonshaushaltes ist heute an die Grenze des Trag- und Verantwortbaren gelangt. Es sind gar Anzeichen einer strukturellen Überlastung zu erkennen. Auf jeden Fall sind Zuwachsraten in bisherigem Ausmass in Zukunft nicht mehr finanzierbar.

Mit Ausnahme des von der Finanzentflechtung betroffenen Bereichs Volksschule weisen sämtliche Bildungskategorien in den letzten fünf Jahren ein weit überdurchschnittliches Ausgabenwachstum von über 12% im Jahresdurchschnitt auf. Damit wird das Wachstum der gesamten Staatsausgaben von 6,8% und erst recht jenes der Gesamterträge von 4,6% um beinahe das 2- bzw. 3fache übertroffen. Die gesamten Bildungsausgaben des Kantons entfallen dabei zu je ¼ auf die Volksschulen, die Berufsausbildung, die Kantons- und privaten Mittelschulen sowie auf verschiedene Institutionen, wie höhere Berufsbildung (v.a. HTL, HWV), Hochschulen, Sonderschulen, Kindergärten (siehe Abbildung).

Das künftige Ausgabenwachstum hat sich zwingend nach der Entwicklung der Steuereinnahmen zu richten. Zugegeben, es erscheint besonders schwierig, der Ausgabendynamik im Bildungswesen massvoll Zügel anzulegen. Investitionen in Bildung und Erziehung dürfen wir nicht vernachlässigen, wenn wir unserer Jugend ech-

te Chancen bieten und unsere Stellung im sich verschärfenden internationalen Wettbewerb behaupten wollen. So ist denn auch höchst fraglich, ob sich die kantonalen Bildungsausgaben in Zukunft nur noch im Umfang des allgemeinen Wirtschaftswachstums erhöhen. Allein der Ausbau der höheren Fachschulen zu Fachhochschulen und die Einführung der kantonalen Berufsmaturität werden erhebliche Mehrbelastungen zur Folge haben.

Die im Erziehungsbereich für das kommende Jahr vorgesehenen Massnahmen zur Stabilisierung der Haushaltslage sind als sehr milde zu beurteilen. Von einem eigentlichen Sparen kann sicher (noch) nicht die Rede sein. So steigt etwa die Nettobelastung im Bereich Volksschule/Kindergarten vom laufenden ins nächste Jahr um 8,6%! Es werden schwergewichtig Benützungs- und Prüfungsgebühren, Schul-, Wohn- und Kostgelder massvoll angehoben (Mehrertrag rund Fr. 300'000.—). Eigentliche Ausgabenreduktionen gegenüber dem Budget 1993 sind dabei lediglich bei den Intensiv- und ordentlichen Fortbildungskursen für Volksschullehrer (Fr. 110'000.—) sowie durch eine restriktivere Bewilligung zur Führung unterdotierter Schulabteilungen (ca. Fr. 100'000.—) vorgesehen. (Immerhin sind für 1994 auch keine Fortbildungskurse in der Art vorgese-

hen, wie sie 1993 in Chur zur Durchführung gelangten). Zudem sollen die Ausgaben in verschiedenen Budgetpositionen stabilisiert werden (für Kommissionen, für Mentorenschädigung am Seminar, für die Einführung des Koedukationsunterrichts), und es wird auf die Durchführung kantonseigener Ausbildungskurse für Reallehrer vorläufig verzichtet.

Die Finanzlage von Kanton und Gemeinden verlangt von allen Beteiligten ein erhöhtes Kostenbewusstsein. Dabei ist zu beachten, dass wir uns aufgrund der Mittelknappheit in keinem Aufgabenbereich optimale oder ideale Bedingungen leisten können. Die Bedürfnisse sind immer und überall grösser als die (finanziellen) Möglichkeiten. Sparsames Haushalten ist in diesem Sinne eine politische Daueraufgabe, die sich in Notzeiten bloss verstärkt. So dürfen wir auch unbequeme Massnahmen nicht im vornherein ausschliessen. Bei gutem Verständnis für den hoffentlich nur temporären finanziellen Engpass und der entsprechenden Einstellung muss sich eine gezielte und dosierte Erhöhung der Klassenbestände nicht unbedingt schädlich auf die Unterrichtsqualität auswirken. Nach der neusten Statistik über die Kleinklassenbestände (1 bis 12 Schüler) in den Primarschulen der Schweizer Kantone rangiert Graubünden mit einem Anteil von 17,5% nach dem Kanton

Jura an zweiter Stelle (CH-Mittel 7%). In bezug auf den Anteil grosser Klassen (über 25 Schüler) stehen wir dann weit unten in der Rangliste. Eine Effizienzsteigerung scheint hier durchaus möglich und vertretbar, ohne dabei einer blinden Sparwut das Wort zu reden. Auch mit Bezug auf die Bauanforderungen im Schulbereich und das Tempo, mit welchem die Schulhäuser und Turnanlagen im ganzen Kanton erneuert werden, muss vermehrt auf die finanziellen Möglichkeiten abgestellt werden. Gefordert sind wir alle. Ein frühes und konsequentes Masshalten verschont uns vor Schlimmerem. Die Sanierungsprogramme anderer Kantone müssen uns dabei eine ernste Warnung sein.

Sachlich unhaltbar aber ist die immer wieder verbreitete Behauptung, der Kanton würde unser Bildungswesen durch übermässige und nicht verantwortbare Sparübungen gefährden. Die Zahlen widerlegen dies eindeutig. Betrug die Netto-Belastung unserer Staatsfinanzen durch das Bildungswesen im Jahr 1990 noch 145,6 Mio. Franken, so stieg diese gemäss Staatsrechnung 1992 auf 174,4 Mio. Franken. Für 1994 sind die Netto-Ausgaben für Bildung mit 197,6 Mio. Franken budgetiert. Vom «Sparen» kann bei derartigen Ergebnissen in der Tat nicht die Rede sein!

KANTONALE BILDUNGS-AUSGABEN BRUTTO

